TAGBLATT

Linde-Vertrag erfährt Opposition

Die Wohnbaugenossenschaft Linde nimmt die Kritik vor der Abstimmung über den Baurechtsvertrag am 5. Juni ernst. Sie öffnet sich per sofort für alle Interessierten. Der CVP-Ortspartei ist das nicht genug. Sie beschliesst die Nein-Parole.

Gudrun Enders

24.05.2016, 02.40 Uhr

Das Lindenareal stellt eine grosse Baulandreserve mitten in Steckborn dar. Das Land befindet sich im Besitz der Stadt. (Bild: Reto Martin)

STECKBORN. «Wir sind nicht grundsätzlich gegen das Projekt auf dem Lindenareal.» Das sagt ausgerechnet Leo Stäheli, der Präsident der örtlichen CV die soeben eine Nein-Parole herausgegeben hat. Ginge es nach dem CVP-Vorsta sollten die Steckborner am 5. Juni ein Nein in die Urne legen. «Wir sind gegen de Baurechtsvertrag und wie er zustande gekommen ist», sagt Stäheli. Er hätte sic gewünscht, dass das Vertragswerk den lokalen Parteien zur Vernehmlassung vorgelegt worden wäre. Dann hätte man noch Einfluss nehmen können, und der Vertrag wäre weniger einseitig zugunsten der Genossenschaft ausgefallen. «Mi dem Vorgehen des Stadtrates wird aber die Demokratie ausgehebelt und den Stimmberechtigten eine Abstimmung über den Planungs- und Baukredit vorenthalten.»

Die Parteien verlieren in Steckborn an Bedeutung, und die CVP stellt keinen Stadtrat mehr. Sie will als Opposition den Finger in die Wunde legen: «Der Baurechtsvertrag hätte zur Folge, dass der Steuerzahler für drei Prozent der Bevölkerung einstehen muss.» Das sei eine enorme Subventionierung der privat Wohnbaugenossenschaft Linde zulasten der Steuerzahler.

Keine konkreten Änderungen

Wo genau hätte die Steckborner CVP den Vertrag anders gestaltet? «Überall dc wo die Gemeinde im Risiko steht», sagt Stäheli, der keine konkrete Vertragsänderung nennt. Er sagt: «Der Baurechtsvertrag ist so verfasst, dass d Stadt Steckborn als Grundeigentümerin bei einer Illiquidität oder Überschuldun der privaten Woba gezwungen wäre, für die Planungs- und Baukosten geradezustehen.» Gregor Rominger, Präsident der Woba Linde, widerspricht: «D Stadt bleibt in Besitz des Landes. Das ist der Witz an der Sache.» Beim vorzeitig Heimfall (Botschaft, Paragraph 2.2.) steigern sämtliche Vorarbeiten den Wert d Baulandes. «Der Steuerzahler kann gar nicht das Nachsehen haben», sagt Rominger.

Doch die Kritik, die am Infoabend laut wurde, ist nicht ungehört an der Woba Lir abgeperlt. Kritisiert wurde unter anderem die Personalunion von Stadtrat und Woba-Vorstand. «Das hatte seinen Sinn, wir wollten speditiv arbeiten», sagt Woba-Präsident und Stadtrat Rominger. «Aber es war im nachhinein betrachtet ein Fehler, denn es könnte nach Mauschelei aussehen.» Aber jeder dürfe dem Woba-Vorstand über die Schulter schauen. Deshalb öffnet sich die Genossenschaft sofort. Wer jetzt Genossenschafter werden will, bekommt gleic die Rechnung und dann das Zertifikat.

Kein Amt in Stein gemeisselt

Interessierte Genossenschafter sind zudem aufgerufen, sich aktiv einzubringen Wer sich ein Engagement in der Baukommission oder im Vorstand vorstellen kar wendet sich via Internet oder schriftlich an Präsident Rominger. Der signalisiert keine Schmerzgrenze, sollten fähige Leute an die Spitze streben: «Dann stelle ic mein Amt als Präsident der Woba oder der Baukommission zur Verfügung.» Stadtpräsident Roger Forrer zeigt sich ebenfalls offen und würde zum Beispiel a Woba-Finanzchef mit Fachleuten eine Kommission bilden.

Die Steckborner SP-Präsidentin Marianne Guhl zeigt sich auf Anfrage zufrieden mit der Nachbesserung. Auch wenn die SP keine Parole fasst, steht die Ortspart hinter Projekt und Vertrag. «Ein Grossteil der Bevölkerung hat sich gewünscht, dass es bezahlbare Wohnungen für Ältere gibt sowie altersdurchmischtes

Wohnen», sagt Guhl. «Wir hoffen sehr, dass der Baurechtsvertrag angenommen wird.»

Interessant ist auch, wer sich nicht zu Wort meldet, wie viele Parteien oder die Primarschule Steckborn. Letztere hat wie die Stadt und die Evangelische Kirchgemeinde ungefähr ein Drittel des Landes eingebracht. Auf Anfrage sagt Schulpräsident Reto Brändle: «Unseren Kurs werden wir an der nächsten Behördensitzung besprechen.»

www.wobalinde.ch

Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.